

## Zur Kritik linker Deutschlandpolitik

---

Dr. Wolfgang Kowalsky, geboren 1956 in Köln, Studium der Soziologie in Berlin und Paris, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin.

Wo bleibt die Linke? Sie hält sich auffallend zurück, weil ihr der unverhohlene Freudentaumel der Rechten nicht geheuer ist und weil es gilt, einen klaren Kopf zu behalten. Allerdings tragen auch traditionelle Denkmuster zur Blockierung bei. Sie abzulegen ist eine Voraussetzung, um ungetrübt das neue

zu sichten und den demokratischen Aufbruch als Chance zu erkennen und vor allem zu ergreifen. Business as usual<sup>1</sup> ist noch keine Strategie.

### Zwischen Verdrängung und Anbetung des Nationalen

Im Wege stehen nicht nur rote Ampeln vor der „deutschen Frage“, sondern auch der Blick auf die besondere deutsche Vergangenheit. Beides zusammen ergibt eine lähmende Mischung, die zum Nichtstun verdammt und das Feld zum Handeln der Rechten überläßt und es ihr ermöglicht, die nationale Frage nationalkonservativ zu lösen, und sich über eine nationale Hochstimmung die politische Macht in der Bundesrepublik zu sichern. Um dies zu verhindern, reicht es nicht, darauf hinzuweisen, daß die Welt den deutschen Nationalismus in Form zweier Weltkriege und des Deutschen Faschismus erlebt hat. Dies darf nicht vergessen werden, aber ebensowenig darf es als bequeme Ausrede für das Ausklammern unliebsamer Fragen dienen. Das Gebot der Stunde ist die Einmischung in die deutschen Zukunftspläne.

Seit Öffnung der Mauer stellt sich die nationale Frage neu. Die SPD hat ihr gegenüber durch die umgehende, vorbehaltlose Zustimmung zu Kohls 10-Punkte-Plan bereits frühzeitig symbolisch abgedankt. Die Reaktion von Karsten Voigt als außenpolitischem Sprecher der SPD zeigt, daß die Partei noch immer vom Komplex, als „vaterlandslose Gesellen“ zu erscheinen, beherrscht wird.<sup>2</sup> Während die SPD jahrzehntelang Vorreiter einer neuen Deutschland- und Entspannungspolitik gewesen war, hatte sie damit die politische Initiative an Kohls Berater verloren. Auch Helmut Schmidts „Gedanken zur Lage der Nation“ haben dazu beigetragen. Sein Appell „Laßt uns Deutsche ein für jedermann fühlbares Opfer bringen“, natürlich per Steuererhöhung, stammt aus dem Arsenal der Rechten und ist - von der Gefühlseligkeit des Vorschlags und seiner Sprachregelung, die nur noch „uns Deutsche“ kennt, einmal abgesehen - desorientierend.<sup>3</sup> Wer das notwendige Geld für die Sanierung der DDR nicht aus dem Rüstungsetat abzweigen will, sondern die Verengung des Gürtels empfiehlt, spielt den Rechten geradewegs in die Hände.<sup>4</sup> Wer die riesigen Rüstungsausgaben nicht in Frage stellt, kommt letztlich denen entgegen, die Gorbatschow in Not bringen wollen und deshalb die Abrüstungsverhand-

1 Als Beispiel sei hier auf die Memorandumsguppe hingewiesen Für ein Sondergutachten zur DDR Ökonomie fühlt sie sich offenbar nicht zuständig

2 Vgl FR 29 11 1989, S 2

3 Vgl Die Zeit, 15 12 89, S 19 In einer Diskussion mit Willy Brandt hat Helmut Schmidt ausdrücklich bekräftigt, daß dies nicht nur die „Besserverdienenden“ treffen soll, siehe Die Zeit, 29 12 1989, S 14

4 Die Begründung für eine großzügige bundesdeutsche Soforthilfe ergibt sich zudem auch aus der Geschichte Während die DDR eine immense Last an Kriegsreparationen zu tragen hatte und den Wiederaufbau im wesentlichen aus eigener Kraft leisten mußte, bezog die BRD Marshallplangelder Um die Forderung der FAZ zu erfüllen, nicht nur von Umverteilung zu sprechen, sondern auch von der „Aufbringung der dafür notwendigen Mittel“ (Populismus als Schicksal, in FAZ 30 1 1990, S 11), seien zwei Vergleichsziffern angeführt die Steuereinnahmen des Bundes überstiegen 1989 die von 1988 um 47,3 Mrd DM (vgl FAZ 18 1 1990, S 11), der Verteidigungshaushalt soll 1990 um 1,7 Mrd DM auf 54,4 Mrd DM steigen (vgl Süddeutsche Zeitung, 24 5 1989, FAZ 7 9 1989) Diese Beträge sind in Relation zu setzen zu denen, die nötig waren, um der DDR-Ökonomie eine effiziente Soforthilfe zukommen zu lassen Der Präsident der EG-Kommission Delors hat vor gerechnet, daß die EG 30 Mrd DM brauchte, um den sechs osteuropäischen Ländern die gleiche Solidarität für Entwicklungsrückstand zukommen zu lassen, wie sie innerhalb der EG gilt Wohlgermerkt Die DDR bekäme nur einen Teil dieser Summe

lungen in Wien blockieren. Völlig realitätsfremd und unzeitgemäß war Schmidts Wunsch, „die Deutschland-Politik nicht zum Wahlkampf-Thema“ zu machen, auch deshalb, weil CDU/CSU bereits seit Monaten auf die Karte des Nationalismus setzten. Als die SPD schließlich noch das für Mitte Februar in Bonn vorgesehene Treffen Kohl-Modrow torpedierte, war es um den Rest an programmatischer Kohärenz und Glaubwürdigkeit geschehen. Dieser Eindruck blieb zumindest in der Öffentlichkeit zurück, nur Oskar Lafontaine wich von dieser offiziellen Parteilinie ab. Ungewollt ermöglichte es dadurch die SPD den Grünen, sich als einzige Oppositionspartei zu profilieren, die gegen den nationalen Einheits-Taumel anging.<sup>5</sup> Eine Kurskorrektur haben die Grünen erst auf ihrem Hagener Parteitag Anfang April vorgenommen, wo eine Mehrheit der Delegierten das Ergebnis der Volkskammerwahlen als Entscheidung für einen gesamtdeutschen Staat akzeptierte und von der Forderung nach Fortbestand der Zweistaatlichkeit abrückte.

Die Rechte hat die Deutschlandpolitik zum Wahlkampfenner gemacht. Diese Rechnung geht auf, solange ihr niemand ins Wort fällt und den Zusammenhang zu den Themen Abrüstung, Rettung der Natur, soziales Netz, Arbeitslosigkeit, Umschulung oder Mindesteinkommen herstellt. Oskar Lafontaine hat diese Gefahr erkannt und auf dem Berliner SPD-Parteitag die Fanfare geblasen, um diese Pläne zu durchkreuzen und die Rechte an ihrer Achillesferse, der „sozialen Gerechtigkeit“, zu fassen. Doch ob das Aufgreifen der Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ als Strategie gegen eine nationale Lösung der „deutschen Frage“ reicht, ist fraglich, solange der Streit als einer um die „Rechtskonstruktion“ der deutschen Einheit abgetan wird. Die Attraktivität der „deutschen Frage“ hegt eben darin, daß sie als mobilisierende Idee, als Utopieersatz fungiert, während das Soziale für das Prosaische im Leben steht.

Bei den Montagsdemonstranten in Leipzig ging es nicht vorrangig um eine staatliche, politische Einheit, sondern um einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung, um volle Regale und um konvertibles Geld. Das Interesse an deutscher Einheit ist existentiell geworden, weil die Demonstranten sich substantielle Verbesserungen, die in absehbarer Zeit eintreten, nur über den Weg der deutschen Einheit vorstellen konnten. Von diesem Gedankengang kann sie nur der Beweis des Gegenteils abbringen. Es ist letztlich auch ihr gutes Recht, sich „sozialistische Experimente“, die auf ihrem Rücken erprobt werden würden, zu verbitten.

Als die Anzeichen sich mehrten, daß die DDR auf einen Konkurs zusteuerte, setzte Modrow schließlich auf die Strategie „Zeit gewinnen, heißt alles gewinnen“.<sup>6</sup> Um einem drohenden Chaos zu entgehen, legte er einen eigenen Deutschlandplan vor. Nur im Windschatten langwieriger Verhandlungen sah

---

<sup>5</sup> Für die Grünen kritisierten deren Fraktionssprecherin Antje Vollmer und der Vorstandssprecher Ralf Fücks die deutschlandpolitische Erklärung der SPD und forderten eine „Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR“. (Vgl. taz 18.12.1989).

<sup>6</sup> LW 32.515.

er noch die Chance, Rettenswertes zu erhalten. Hinzu kam der Schachzug der DDR-SPD, den Wahltermin vorzuverlegen, der vor allem den Rechten, die noch damit beschäftigt waren, den Wahlsieg Lafontaines zu verdauen, ungelegen kam.<sup>7</sup> Die Zeit, ein rechtes Parteienbündnis aufzubauen, wurde knapp. Der Sieg der erst sieben Wochen vor der Wahl gegründeten „Allianz für Deutschland“ schien zu diesem Zeitpunkt unwahrscheinlich.

Inzwischen haben sich die politischen Vorzeichen radikal verändert: Voraussetzung für den Sturz der nationalen Frage vom ersten Platz der bundesdeutschen Bühne ist ein Durcharbeiten des Themas, ein Sich-Hindurcharbeiten. Der Beitrag von Altkanzler Helmut Schmidt zielte nicht in diese Richtung, Sinn macht er nur als Attacke gegen die Linke. Darauf deutet auch seine beschwichtigende Bitte an die DDR-Bürger hin: „Habt keine Angst vor dem Gespenst Kapitalismus“. Ist die Besorgnis wegen der Einführung des Kapitalismus erst einmal beiseite geschafft, kann die Herrschaft der „Sachzwänge“ beginnen. Die Entdeckung, daß diese „Zwänge“ mit Machtvisionen verknüpft sind, käme dann zu spät. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, stattdessen an die berechnete Sorge vieler Arbeitnehmer in der DDR anzuknüpfen und sie zu ermutigen, bei der in vielen DDR-Betrieben unumgänglichen Kapitalbeteiligung von vornherein auf Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsrechte der Arbeitenden zu pochen, und die Wirtschaftsdemokratie zu einem gleichberechtigten zweiten Flügel neben der politischen Demokratie zu machen?<sup>8</sup> Von einer Selbstorganisation der Produzenten, dem ökonomischen Pendant zur gesellschaftlichen Selbstorganisation, müßte eigentlich die Rede sein, denn auf diesem Terrain fallen die Entscheidungen über die Zukunft. Doch in den Bereichen Arbeit und Berufsausbildung greifen die Reformen bislang nicht.

Um ein Schattenboxen zu vermeiden, ist der Gegenstand der Auseinandersetzung zu klären: Die DDR steht nicht vor der Entscheidung zwischen einer Einführung des Kapitalismus und einem Erhalt des Sozialismus. Die Wahl fällt zwischen einer regulierten, das heißt staatlich geleiteten und in Bahnen gelenkten Entwicklung einerseits, und einer Deregulierung, einer „Freilassung“, einem freien Spiel der Kräfte andererseits. Die Marktwirtschaft ist, wie der französische Historiker Fernand Braudel aufgezeigt hat, älter als der Kapitalismus. Insofern ist die Entscheidung für Markt nicht unmittelbar eine für den Kapitalismus. Bekanntlich sind in allen hochentwickelten Ökonomien sowohl Plan- als auch Marktelemente enthalten.

#### Wir sitzen alle im gleichen Boot - aber Sie rudern!

In Hinblick auf die gesellschaftliche Selbstbestimmung ist die Entwicklung in der DDR ambivalent: Vom Zwangsuntertan zum freiwilligen Untertan oder

7 Noch Ende Januar kommentierte die FAZ „Der Sieg Lafontaines in Saarbrücken und die gleichzeitige Auferstehung der SPD in der DDR konnte der Anfang vom Ende der CDU/CSU FDP-Regierung in Bonn sein“ (Vgl. FAZ30 1 1990)

8 Unumgänglich ist eine westliche Kapitalbeteiligung vor allem, weil ein Durchsetzen von mehr Effektivität und ein Zurückdrängen der zentral gelenkten Kommandowirtschaft in annehmbarer Zeitspanne auf anderem Wege als durch Stärkung der Privatinitiative nicht zu erlangen ist

zum eingreifenden, verantwortlich handelnden Akteur, der nicht subaltern bleiben will, das ist die Alternative. Die Zwangsjacke des Untertans ist zwar abgeschüttelt, aber es ist ungewiß, ob sie nicht bloß gegen eine in aller Freiheit gewählte vergoldete ausgetauscht wird. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Umformierung der Begriffe: Hieß es anfangs stets „wir sind das Volk“, so heißt es jetzt: wir sind „ein Volk“. Betonte die Forderung nach politischer Macht für „das Volk“ noch den Gegensatz zu den Mächtigen und hatte eine vertikale Stoßrichtung, so betont „ein Volk“ das horizontale Band zwischen DDR- und BRD-Bürgern. „Wir sind das Volk“ war eine Kampfansage an „die da oben“, wir sind „ein Volk“ ist ein Schritt in nationale Lethargie.

Der rechtssozialdemokratische Weg der Deutschlandpolitik knüpft an die nationale Zelebration an, die „Welt“ und „Frankfurter Allgemeine“ seit Monaten zur tagtäglichen Erbauung leisten. „Sind wir kleinmütig?“, frage die FAZ schon Anfang November und meinte natürlich die Linke: „Es ist beschämend: Die deutsche Linke (...) bricht jetzt offen die Solidarität mit jenen Deutschen, die für Hitlers Krieg am längsten und am bittersten bezahlen mußten.“<sup>9</sup> Unter Solidarität verstand die FAZ Opferbereitschaft, die Linke sollte in eine Position gedrängt werden, die nach kleinlicher „Besitzstandswahrung“ aussieht. Daß die Bundesrepublik gegenüber der DDR eine Schuld abzutragen hat, vergaß die FAZ, weil sie auf die Kämpfe der Zukunft vorbereitet, die auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschobene Auseinandersetzung um die Verteilung der Lasten der Einheit.<sup>10</sup> Ein doppelter Streit um die Frage, wer zahlt, und um die Verteilung der Finanzen, um die Frage, welche Investitionen getätigt werden und wofür nichts mehr gezahlt wird.

#### Alliierte Vorbehalte zur deutschen Frage

Die generalisierende Forderung nach deutscher Einheit wurde nicht nur von der bundesdeutschen Linken problematisiert, sondern auch im Ausland. George Kennan hatte die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, wenn es zwar zu einer kulturellen und ökonomischen Vereinigung käme, die separaten politischen Einheiten aber bestehen blieben.<sup>11</sup> Die Weichen wurden anders gestellt. Die Vereinigung scheint inzwischen ebenso unvermeidbar wie ein Währungsverbund unumgänglich ist, nur über das „wie“ besteht Uneinigkeit.<sup>12</sup> Auf ökonomischer Ebene vollzieht sich die Vereinigung bereits tagtäglich. Die Kooperation von Gemeinden und Ländern hat ebenso begonnen wie die Wiederbelebung der Länder in der DDR. Bleibt die Frage der staatlichen Einheit: Die ehemals zentralen staatlichen Institutionen der DDR könnten eine positive Funktion bekommen, wenn sie auf die wieder zu gründenden

---

<sup>9</sup> FAZ 8.11.1989.

<sup>10</sup> Zu den Reparationsleistungen der DDR vgl. die Berechnung von Arno Peters, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1990.

<sup>11</sup> The Washington Post 12. 11. 1989, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/89, S. 1484 f.

<sup>12</sup> Vgl. den Vortrag von Elmar Altvater, Über die Chancen der DDR-Mark auf den Devisenmärkten, in: FR 28.12.1989, S. 16.

Länder übertragen werden, und so ein Stück Eigenständigkeit der DDR erhalten.

Die DDR befindet sich in einer Übergangsphase. Wohin die Reise geht, gilt zwar als ausgemacht, aber ob und wie der Zielbahnhof erreicht wird, ist noch nicht entschieden. Trotz der stürmischen Entwicklungen sind die Aussichten auf eine Weiterexistenz der DDR als teilweise eigenständiges Gebilde nicht völlig verbaut. Wenn die Berechnungen stimmen, daß der Lebensstandard in der DDR innerhalb von nur einigen Jahren an das Niveau der BRD angleichbar ist, dann könnten vor allem die Alliierten ein Interesse daran haben, die bestehende Ordnung während dieser Zeitspanne aufrechtzuerhalten, um plötzliche Verwerfungen im Zentrum Europas zu verhindern. Wenn die DDR-Ökonomie zudem mit neuen Produktionsanlagen anläuft, scheint selbst ein Überholen einiger westlicher Branchen nicht ausgeschlossen. Die Forderung nach staatlicher Einheit würde sich dann von selbst erledigen.

Klar und eindringlich hat im Dezember 1989 der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse einige - kaum beachtete - Fragen gestellt, darunter die nach der Garantie, daß die deutsche Einheit keine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Staaten schafft.<sup>13</sup> Er hat sogleich hinzugefügt: „Auf diese Frage gibt es keine Antwort.“ Dabei ist es geblieben. Die innenpolitischen Gründe für dieses befremdliche Schweigen sollen hier nicht aufgerollt werden. Gefragt werden muß aber nach den dahinterstehenden außenpolitischen Spekulationen: Ein einiges Deutschland wäre als NATO-Mitglied nur im Falle eines Zusammenbruchs der Sowjetunion denkbar.<sup>14</sup> Daß dies nicht im Interesse der Bundesrepublik liegen kann, sollte klar sein. Insofern ist es abwegig, Vermutungen darüber anzustellen, ob dieser Zusammenbruch durch ein Anstacheln der Vereinigungsbestrebungen bewußt in Kauf genommen werden soll. Es würde einem Spiel mit dem Feuer gleichen, Gorbatschows Probleme zu nutzen, um die sowjetische Regierung handlungsunfähig zu machen. Am Ende stände ein unkalkulierbar hoher Preis, die Gefahr, daß das Militär Gorbatschow absetzt und die demokratischen Veränderungen in ganz Osteuropa, eingeschlossen die DDR, in Frage stellen könnte.

Der Versuch, die DDR in die Bundesrepublik mit unverändertem Status einzugliedern, oder die NVA der NATO zu unterstellen, könnte den Gegnern Gorbatschows den Vorwand liefern, auf den sie noch warten. Weder der CDU/CSU noch den Unternehmerkreisen kann daran gelegen sein. Insofern liegt es auch in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse, Klarheit zu schaffen. Wer mit dem Gedanken spielt, die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen könnten durch deutschnationale und das heißt antisowjetische Stimmungsmache hinausgedrängt werden, handelt unverantwortlich. Gefordert sind klare Worte, wie die Sicherheitsinteressen der Nachbarn gewahrt werden sollen. Die Forde-

<sup>13</sup> Vgl. Neues Deutschland 20.12.1989, S. 5 oder FAZ 20. und 21.12.1989.

<sup>14</sup> Schewardnadse hat hierzu erklärt, daß niemand „ernsthaft erwarten kann, daß sich der Status der DDR radikal ändert, während der Status der BRD derselbe bleibt.“

zung nach einem geeinten aber unbewaffneten und neutralen Deutschland ist zumindest diskussionswürdig. Die aberwitzige Schnelligkeit des Geschehens verschiebt ständig die Frontlinien: Stand noch vor Wochen Eigenstaatlichkeit contra Einheit, seit Modrows Umschwenken verläuft die Trennlinie - paradoxerweise - mitten durch die Einheit: Es geht um Form und Inhalt des neuen, dritten Gebildes und zwar entlang der außen- und sicherheitspolitischen Scheidelinie von NATO-Mitgliedschaft oder Entmilitarisierung und um eine mögliche Einbindung der Militärblöcke in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem.

Wenig Beachtung fand bislang die Tatsache, daß eine Vereinigung nicht nur in Frankreich, Polen und der Sowjetunion alte Dämonen wiedererwecken könnte, antideutsche Ressentiments, an denen weder den Deutschen noch den Europäern gelegen sein kann. Schon von daher bedarf die Vereinigung der Zustimmung aller Nachbarn. Wer die Ängste dieser Völker kennt, versteht mehr als diejenigen, die nur die Fahnen flattern sehen und nationale Ideale studieren. Mildern lassen sich diese Ängste nur durch die Einbindung in eine Vertragsgemeinschaft durch eine Europäisierung und Internationalisierung der „deutschen Frage“ im Rahmen einer KSZE-Gipfelkonferenz. Zudem sei eine einfache Frage gestattet: Hat denn die Existenz der DDR und BRD so geschadet, daß sie schnellstens verschwinden müssen? Das Gegenteil ist wohl eher richtig: Dieses Neben- und Gegeneinander der beiden deutschen Staaten hat ein eminent produktives Potential hervorgebracht. Die Bruchstellen und Sprünge im deutsch-deutschen Denken wirken schon seit geraumer Zeit anregend. Die Widersprüche, Differenzen, unterschiedlichen Herangehensweisen, anderen Auffassungen (von Geschichte, Kultur, Kunst) sind spannend und könnten fruchtbar gemacht und genutzt werden. Ein Niederwalzen der Widersprüche, eine Angleichung wäre das Falscheste. Die Dialektik der Geschichte kennt Einheit nur zusammen mit Vielfalt, mit Widerspruch, andernfalls führt Einheit stets ins Totenreich. Eine simple Eingliederung der DDR würde die Bundesrepublik dieses Potentials berauben.